

Beschluss KMV Eimsbüttel 18. Juni 2014

Bezirke nicht kaputtparen - Dienstleistungen vor Ort erhalten

Gerade die Politik des SPD-Senats hat in der letzten Zeit der Arbeit aller Bezirke Schaden zugefügt. Mit der einseitigen Kürzungspolitik, der fehlenden finanziellen Nachsteuerung der Entflechtung der Verwaltung ist die Arbeit in allen Bezirken beeinträchtigt worden.

Aufgrund der Ankündigung des Senats, dass die Tarifsteigerungen zumindest teilweise auch durch die Bezirke selber aufgebracht werden müssen, drohen weitere Kürzungen von Dienstleistungen.

Die personelle Ausstattung der Bezirksämter ist bereits besorgnisregend. In Eimsbüttel können z.B. Aufgaben zum Erlass von sozialen Erhaltensverordnungen nicht mehr wahrgenommen werden. Das Kundenzentrum Stellingen wurde durch den Bezirksamtsleiter geschlossen.

Aufgrund der Sparvorgaben liegt ein Papier von Bezirksämtern zum weiteren Leistungsabbau vor. Hier ist die Schließung des Kundenzentrums Lokstedt und die Zusammenlegung der Kundendienstzentren in den Bezirksämtern Nord und Eimsbüttel als mögliches Einsparmodell aufgeführt.

Die Kreismitgliederversammlung der Grünen sieht durch weitere Sparmaßnahmen die Erbringung von wohnortnahmen Dienstleistungen und die bezirkliche Demokratie gefährdet. Bezirke die nur noch Mangel verwalten, werden kaum Politik mit den BürgerInnen vor Ort gestalten können.

Neben der Bereitstellung von finanziellen und personellen Ressourcen wollen wir aber auch, dass die Qualität der Aufgabenerledigung verbessert wird. Hierzu gehört es z.B. die Wartezeiten in den Kundendienstzentren abzubauen.

Die Kreismitgliederversammlung fordert daher von Senat und Bürgerschaft:

1. Die Bezirke werden von den Sparvorgaben im Personalbereich aufgrund der Tarifsteigerungen ausgenommen.
2. Bei Aufgabenübertragungen auf die Bezirke sind die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zu übertragen.
3. Die Schließung des Kundenzentrums Lokstedt und die Zusammenlegung der Kundendienstzentren in den Bezirksämtern Eimsbüttel und Nord wird abgelehnt.

Die Kreismitgliederversammlung beauftragt die grüne Bezirksfraktion und die grünen Bürgerschaftsabgeordneten sich entsprechend einzusetzen.